

Autohändler unterliegt vor Gericht

RÜSCHLIKON Das Zürcher Baurekursgericht stützt einen Entscheid der Rüeschliker Baukommission: Das Logo eines Autohändlers darf nachts nicht beleuchtet sein.

Von 22 bis 6 Uhr darf ein Markenlogo am Werkstattgebäude der Kury AG an der A3 auf Gemeindegebiet Rüschlikon nicht beleuchtet sein: Zwar werde die nächtliche Dunkelheit durch die nahe Autobahn bereits gestört, hält das Zürcher Baurekursgericht fest. Doch dies rechtfertige es nicht, weitere Lichtmissionen in unbeschränktem Masse zuzulassen. Das Gericht wies eine Beschwerde des Autohändlers ab. Dieser hatte geltend gemacht, dass die geplante beleuchtete Werbung an der Nord- und Westfassade seines Gebäudes aus wirtschaftlicher Sicht wichtig sei. So könne er potenzielle Kunden, die auf der A3 unterwegs sind, auch in der Nacht erreichen.

Kein Flimmern oder Blinken

Zudem störe das Licht nicht. Es sei weder grell noch kalt, ebenso wenig seien flimmernde oder blinkende Lichter geplant. Schliesslich brachte er noch vor, dass ein erhelltes Automarkenlogo auf der nahen Autobahn eine zusätzliche Beleuchtung bringe und der Verkehrssicherheit diene. «Dass die strittigen Anlagen in verkehrstechnischer Hinsicht von Nutzen sind, kann nicht ernsthaft behauptet werden», hält demgegenüber das Baurekursgericht in seinem Urteil fest. Es folgte auch den weiteren Argumenten des Autohändlers nicht. Es bestätigte die Anordnung der Vorinstanzen, wonach die Werbung jeweils in der Zeit zwischen 22 und 6 Uhr ausgeschaltet werden muss. Öffentliches Interesse geht vor Es sei ein vordringliches öffentliches Interesse, die im nahen Wald beheimateten Tiere vor unnötigen Lichtmissionen zu schützen. Auch mit der zeitlichen Einschränkung werde den Interessen des Unternehmers hinreichend Rechnung getragen, heisst es im Urteil weiter. So könne er weit über die Öffnungszeiten seines Betriebes hinaus auf sich aufmerksam machen. *sda/red*

Neues Mitglied im Parlament

KANTONS RAT Mark Wisskirchen (EVP) aus Kloten wird neues Mitglied des Zürcher Kantonsrates. Der 53-Jährige tritt die Nachfolge des zurückgetretenen Peter Reinhard aus Kloten an. Die Direktion der Justiz und des Innern hat Wisskirchen als gewählt erklärt, wie es in einer Mitteilung vom Donnerstag heisst. *sda*

Betrugsvorwürfe gegen Rechnungsführerin

ZÜRICH Die Staatsanwaltschaft des Kantons Zürich hat ein Strafverfahren gegen die Rechnungsführerin der Polizeinformatik-Geschäftsstelle in Zürich eröffnet. Der Schaden beläuft sich nach jetzigem Kenntnisstand auf einen hohen fünfstelligen Betrag. Die Mitarbeiterin wurde umgehend freigestellt. Bund und Kantone koordinieren die Informa-

Mörder bleibt inhaftiert

URTEIL 1990 hat ein heute 62-jähriger Mazedonier nach einem Einbruch in Urdorf einen Menschen erschossen. Dafür sitzt er noch heute ein – zu Recht, wie das Verwaltungsgericht festhält.

«Lehrer erschossen – wegen TV-Gerät» titelte der «Blick» im Juni 1990. Ein Religionslehrer und ein Buchdrucker waren in Urdorf um vier Uhr früh von Scheibengeklirr geweckt worden. Die beiden Männer wollten unabhängig voneinander nachschauen und ertappten dabei zwei Einbrecher auf frischer Tat. Diese hatten die Scheibe der Eingangstüre eines Radio-TV-Geschäfts eingeschlagen und waren gerade dabei, einen 3200-fränkigen TV-Apparat zu ihrem Auto zu schleppen. Mit zwei Handfeuerwaffen schossen sie auf ihre beiden Opfer. Dabei ermordeten sie den Religionslehrer und verletzten den Buchdrucker schwer.

Das Geschworenengericht verurteilte im November 1993 einen der Täter – den damals 38-jährigen Mazedonier – wegen vollendeten und versuchten Mordes zu einer «lebenslänglichen Zuchthausstrafe». Ausserdem verpflichteten sie den Beschuldigten, 135 000 Franken Genugtuung zu bezahlen.

Günstige Prognose fehlt

Im Juni 2005 – also nach 15 Jahren Haft – hätte der Mörder frühestens bedingt entlassen werden können. Das Amt für Justizvollzug lehnte dies jedoch ab. Die letzte Verfügung gleichen Inhalts stammt vom April 2016. Dagegen erhob der Mazedonier Rekurs bei

der Direktion der Justiz und des Innern. Die Justizdirektion wies diesen ab. Der Mann zog den Entscheid ans Verwaltungsgericht weiter. Dieses hat die Vorinstanz bestätigt, wie aus einem eben publizierten Urteil hervorgeht. Es kommt zum Schluss, dass dem Täter keine günstige Prognose gestellt werden könne. Das aber wäre eine der Voraussetzungen für die bedingte Entlassung. Ungünstig auf die Prognose wirkt sich das Vorleben des Mörders aus. Zwischen 1979 und 1990 verbrachte er bereits sechs Jahre in der Schweiz im Strafvollzug. In die Schweiz war er wiederholt illegal eingereist. Laut Urteil verfügt er also über massive kriminelle Energie und ist unbelehrbar. Erschwerend kommt hinzu, dass sich der Mann keiner Thera-

pie unterziehen wollte. Inzwischen hat er seine Tat zwar gestanden, daraus könne man aber nicht «auf eine Auseinandersetzung mit den Taten und eine Einsicht in deren Unrecht schliessen», wie es im Urteil heisst. Zweifel an Reue Dass der Mann für die Rückkehr in sein Heimatland spare, anstatt Wiedergutmachungszahlungen zu leisten, erwecke zudem Zweifel an seiner bekundeten Reue. Der Behauptung des Täters, er sei reifer geworden, widersprechen zwei Vorfälle aus der jüngeren Vergangenheit: Im August 2015 kam es zu einem tätlichen Übergriff auf einen Mitarbeiter der Strafanstalt. Ein knappes Jahr später zeigte der Mann Aggressionen gegenüber einem Mitinsassen. *Patrick Gut*



Ein Brauch, der im 18. Jahrhundert wurzelt: Dieses Bild vom Zürcher Zwänzgerle entstand am 3. April 1972.

Keystone

Wer trifft, bekommt Ei und Geld

ZWÄNZGERLE Neben dem Eiertüttschen, der Osternest- oder Schoggihasensuche gibt es noch andere Osterritten. Das Zürcher Niederdorf hat seinen ganz eigenen Brauch.

Im Niederdorf heisst es jeweils am Ostermontag: Zwänzgerle oder auch «Drirüere». Für den Laien sei das alternative Eiertüttschen hier erklärt. Kinder und Erwachsene versammeln sich dazu am Rüdenplatz oder unter den Bögen beim Zürcher Rathaus. Die Kinder – ausgerüstet mit gekochten Ostereiern – halten den Erwachsenen ein solches hin. Diese wiederum versuchen, ein Zwanzig-Rappen-Stück auf das Ei zu

werfen, und zwar so, dass es darin stecken bleibt. Daher stammt auch der Zweitname des Brauches, der auf Hochdeutsch für «reinwerfen» steht. Gelingt es, dass das Zwänzgi stecken bleibt, gehören Ei und Geld dem Werfer. Prallt das Geldstück jedoch am Ei ab oder geht beim Wurf gar daneben – was wohl am häufigsten der Fall sein wird –, gehört das Geldstück dem Kind. Es heisst, der Brauch sei erfunden worden, damit die Kinder ihr Taschengeld aufbessern können. Wiederbelebt hat diesen Brauch der Quartierverein 1 rechts der Limmat in den 1960er Jahren. Der Brauch aber wurzelt im 18. Jahrhundert und hat laut

«Alt-Züri»-Blog tatsächlich seinen Ursprung im Niederdorf. Während des Zweiten Weltkrieges jedoch hat man aus Rationierungsgründen auf die «Essensverschwendung» verzichtet. Heute ist er wieder ein beliebter Anlass, wie Peter Rothenhäusler, Präsident des Quartiervereins 1 rechts der Limmat, sagt: «Die Besucher geben sich bei den mitgebrachten Eiern auch sichtlich viel Mühe. Das ist schön zu sehen.»

Brauch breitet sich aus

Nachdem der Brauch vor über 50 Jahren wieder aufgenommen wurde, ist er auch in andere Stadtquartiere vorgedrungen. So ist nachzulesen, dass seit den

1970er-Jahren auch im Industriequartier an der Limmat das Zwänzgerle praktiziert wird. Seit etwa 1981 soll es ein ebensolches Zusammenkommen auf dem Marktplatz in Oerlikon geben. Der zum Brauch passende Ostereiermarkt findet seit 1975 bei den Rathausbögen statt. Spontane Teilnehmer können sich also dort mit gekochten Ostereiern ausrüsten. Das Zwänzgerle wird gemäss den Angaben des «Alt-Züri»-Blogs aber mittlerweile auch in anderen Zürcher Gemeinden wie Erlenbach praktiziert. *Lina Giusto* **Zwänzgerle:** Ostermontag, 10 bis 12 Uhr, auf dem Rüdenplatz in Zürich.

Jegges Haus durchsucht

RORBAS Die Kantonspolizei und die Staatsanwaltschaft haben das Haus von Jürg Jegge in Rorbas durchsucht. Er soll nächstens polizeilich einvernommen werden.

Die Hausdurchsuchung beim 73-jährigen Jürg Jegge fand am letzten Dienstag statt. Die Polizisten sicherten mögliches Beweismaterial. Festgenommen wurde Jegge jedoch nicht. Er sei auch nicht zur Verhaftung ausgeschrieben, sagte Corinne Bouvard, Sprecherin der Zürcher Oberstaatsanwaltschaft, am Donnerstag auf Anfrage. Jegge hatte in der vergangenen Woche gegenüber mehreren Medien zugegeben, dass es in den 1970er-Jahren zu sexuellen Kontakten mit Schülern gekommen sei. Er reagierte damit auf Missbrauchsvorwürfe, die sein ehemaliger Sonderschüler Markus Zangger in einem Buch veröffentlicht hatte. Diese Vorwürfe sind rechtlich allerdings verjährt.

Zeugenaufruf

Die Staatsanwaltschaft leitete daraufhin am vorletzten Freitag ein Vorabklärungsverfahren wegen des Verdachts auf sexuelle Handlungen mit Kindern sowie mit Abhängigen ein. Dabei soll geklärt werden, ob es auch Übergriffe gab, die noch nicht verjährt sind. Die Staatsanwaltschaft bittet allfällige weitere Opfer oder Zeugen, sich zu melden. Da es sich bei Jegge als Sonderschullehrer um einen ehemaligen Beamten handelt, brauche es zur Eröffnung eines Strafverfahrens die Ermächtigung des Obergerichts. Diese Ermächtigung steht noch aus. Die Staatsanwaltschaft kann jedoch sichernde Massnahmen wie eine Hausdurchsuchung, die keinen Aufschub ertragen, bereits vorher anordnen, heisst es in einer Medienmitteilung der Staatsanwaltschaft. Markus Zangger hatte am 4. April im Buch «Jürg Jegges dunkle Seite» Missbrauchsvorwürfe gegen den bekannten Pädagogen und Autor erhoben. Gemeinsam mit dem Co-Autor des Buchs, dem Journalisten und Autor Hugo Stamm, schilderte er seine Erlebnisse mit Jegge, zu dem er 1970 als Zwölfjähriger kam. So soll es unter dem Vorwand therapeutischer Massnahmen über Jahre zu körperlichen Übergriffen gekommen sein, bei denen sie beispielsweise gemeinsam onaniert hätten.

Eine andere Zeit

Jegge gab daraufhin in Interviews zu, dass es zu sexuellen Kontakten mit seinem Schüler kam. Zudem sagte der 73-Jährige, dass Zangger auch nicht der Einzige gewesen sei. Zu dieser Zeit habe man von einer allgemeinen Befreiung gesprochen, die eher zu erreichen wäre, wenn sie mit einer Befreiung des Körpers und seiner Sexualität einherginge. Heute würde er diese Therapie aber nicht mehr machen. *sda*

Der Zürcher Regierungsrat hat nichts gegen die Erotikmesse Extasia einzuwenden

EXTASIA Die Zürcher Regierung teilt die Empörung von EDU- und SVP-Kantonsräten über die Erotikmesse Extasia nicht. Es sei jedem Bürger und jeder Bürgerin selber überlassen, ob er oder sie diesen Anlass besuchen wolle. Kantonsräte von EDU und SVP forderten in einer Anfrage, dass der Regierungsrat sich gegen

die Messe einsetzen soll. Die Extasia, die im Mai in den Zürcher Messehallen stattfinden wird, sei eine Schande für Zürich. Besonders störend finden die konservativen Parlamentarier, dass die Extasia in der Messe Zürich und somit in einer teilweise staatlichen Liegenschaft stattfindet. Der Regierungsrat teilt die Bedenken jedoch nicht, wie aus

der am Donnerstag veröffentlichten Antwort hervorgeht. Erotik und Sexualität seien in unserer freiheitlichen Gesellschaft schon lange keine Tabuthemen mehr. Kein Grund für Verbot Solange die Erotikmesse innerhalb des gesetzlichen Rahmens stattfindet, gebe es für den Regierungsrat keinen Grund, sich zu

solchen Veranstaltungen zu äussern oder sie gar zu untersagen. Dass der Kanton mit 4 Prozent und einem Verwaltungsrat an der Messe Schweiz AG beteiligt ist, lässt der Regierungsrat nicht als Kritik gelten. Das Unternehmen sei privatwirtschaftlich organisiert. Der Einfluss des Kantons auf die Entscheide des Unternehmens seien «sehr begrenzt». *sda*